

Wochenende

«Was sagen Sie jenen, die Nein stimmen wollen?»

Covid-Gesetz Vor der Abstimmung am 28. November reissen in der Schweiz Gräben bis tief in die Familien auf. Mitte-Präsident Gerhard Pfister sagt, wie wir wieder aus der Wut herausfinden.

Raphaela Birrer
und Markus Häfliger

Herr Pfister, Zehntausende Menschen gehen gegen die Corona-Politik auf die Strasse. Was geht in Ihnen vor, wenn Sie diese Proteste sehen?

Ich bezweifle, dass wirklich so viel Stärke dahintersteckt, wie manche glauben. Mir macht nicht die Kraft dieser Bewegung Sorgen, sondern die Art und Weise, wie sie Andersdenkende beschimpft – auf einem Niveau, das für die Schweiz unüblich tief ist. Auch die Gewaltbereitschaft eines Teils der Demonstranten besorgt mich. Und die absolut fehlende Bereitschaft, andere Argumente auch nur anzuhören.

Was ist los in der Schweiz?

Ganz ehrlich: Ich verstehe es noch nicht. Eine Erklärung ist, dass die Schweiz wegen der Pandemie jetzt eine Entwicklung nachvollzieht, die in anderen Ländern schon weiter fortgeschritten ist. Dass also der Populismus und der Widerstand gegen demokratische Spielregeln, die bisher breit akzeptiert waren, nun auch die Schweiz so richtig erfassen.

Aber woher kommen diese Wut und der Hass gegen den Staat? Woher auch diese Empfänglichkeit für Verschwörungstheorien?

Die Schweiz wiegte sich zu lange in falscher Sicherheit, dass alle grossen Krisen einen Umweg um sie machen. Covid ist die erste grosse Krise, die uns behandelt wie alle anderen. Das verunsichert. Zudem konnten wir dank unseres Wohlstands bisher fast alles in unserem Leben selbst bestimmen. In der Krise ist das nicht mehr möglich. Plötzlich sollen wir solidarisch sein, uns dem Gesamtwohl unterordnen. Einige sind selbst jetzt nicht bereit, auch nur ein Jota ihres Individualismus aufzugeben.

Auch in anderen Ländern gibt es allerdings Widerstand gegen die Corona-Politik.

Ich habe Verwandte in Deutschland und Italien. Sie merkten zu Beginn der Pandemie viel rascher als ich: Es ist wirklich ernst. Anders als wir wissen sie aufgrund ihrer historischen Erfahrung, was echte Krisen sind. Erst kürzlich sagten mir meine italienischen Verwandten, wir Schweizer seien ein seltsames Volk. In normalen Zeiten seien wir viel disziplinierter und braver als sie, in schwierigen hingegen laut und undisziplinierter. In Italien ist es genau umgekehrt. Die Schweiz ist auch das einzige Land, in dem die grösste Regierungspartei mitten in der Pandemie Opposition macht.

Sie geben also der SVP die Schuld an den Protesten?

Nein, denn sie ist heute gar nicht mehr in der Lage, irgendetwas bewusst zu lancieren. Sie surft nur auf Opportunitäten mit – wie jetzt beim Widerstand gegen das Covid-Gesetz. Im Parlament hat die SVP-Fraktion der Vorlage klar zugestimmt. Dass sie sich nun an die Spitze des Referendums stellt, mag sich für sie in den Umfragen auszahlen. Es ist aber

Opportunismus – Wischiwaschi-Politik, wie sie die SVP anderen Parteien immer vorwirft.

Die Gegner des Covid-Gesetzes nehmen für sich aber in Anspruch, für das Volk zu sprechen.

Ich bin jetzt wieder oft an Veranstaltungen im ganzen Land. Dort stelle ich fest: Eine grosse schweigende Mehrheit hält die Massnahmen des Bundesrats für richtig. Sie ist auch bereit, Einschränkungen wie das Covid-Zertifikat zu akzeptieren. Bei vielen Menschen stelle ich sogar eine Erleichterung fest: Sie können damit zur Normalität zurückkehren. Viele empfinden das sogar als Befreiung! Diese schweigende Mehrheit wird dem Covid-Gesetz zum Durchbruch verhelfen.

Was macht Sie so sicher?

Mein persönlicher Eindruck wird durch die ersten Umfragen bestätigt. Demnach ist die Meinungsbildung bereits viel weiter fortgeschritten als bei Behörden-

«Nennt mir fünf Länder in Europa, die es in der Krise besser gemacht haben als die Schweiz.»

vorlagen üblich. Die Umfragen zeigen eine solide Ja-Mehrheit von rund 60 Prozent. Entscheidend wird sein, dass diese Befürworter wirklich an die Urne gehen.

Dafür haben die befürwortenden Parteien bislang wenig gemacht. Sie sind auffallend leise – weil sie sich fürchten, ihre eigenen Wähler zu vergraulen?

Die eigene Wählerschaft vergrault man nur, wenn man nicht sagt, wo man steht. Meine Partei steht klar hinter dem Covid-Gesetz und setzt sich für ein Ja an der Urne ein. Dabei fokussieren wir uns auf die Mobilisierung in den letzten drei Wochen vor der Abstimmung. Wir werden zusammen mit den anderen konstruktiven Parteien die schweigende Mehrheit mobilisieren – damit sie die laute Minderheit überstimmt.

Sie beschreiben das Zertifikat als Befreiung. Die Demonstranten sagen aber: Unsere Freiheit wird von der Regierung beschnitten.

Man darf die Regierung immer kritisieren. Es ist aber ein neues Phänomen in der Schweiz, dass es vielen Kritikern nicht mehr darum geht, die anderen zu überzeugen. Sondern nur noch darum, sich selber zu vergewissern, dass sie recht haben. Alle Andersdenkenden sind in dieser Logik Feinde. Einige Kritiker unterstellen dem Bundesrat sogar, dass er bewusst gegen die Interessen des Volkes handelt.

Welche Folgen hat das für unsere politische Kultur?



Glaubt, dass eine gute Demokratie vieles aushält: Gerhard Pfister. Foto: Boris Müller

Für ein direktdemokratisches Land ist eine solche Unkultur sehr gefährlich. Bisher gab es einen breiten Konsens, wie wir miteinander streiten. Die Gegner des Covid-Gesetzes kündigen diesen Konsens gerade auf. Die ganz grosse Frage ist darum: Wie viel von diesem Gift wird nach der Pandemie bleiben? Müssen wir uns darauf einstellen, dass unsere Debatte auch danach immer

Politiker und Philosoph

Der 59-jährige Zuger Gerhard Pfister ist seit 2003 Nationalrat und seit 2016 Präsident der CVP Schweiz. Unter seiner Ägide fusionierte die CVP auf Anfang 2021 mit der BDP und nennt sich jetzt Die Mitte. Pfister studierte Literatur und Philosophie und doktorierte über Peter Handke. Später war er Lehrer für Philosophie und Deutsch und leitete eine Internatsschule. Heute ist Pfister unter anderem Präsident des Casinoverbands und des Zementverbandes Cemsuisse. (red)

aggressiver und gewaltbereiter wird?

Sie selbst halten sonst auch nicht zurück mit Kritik am Bundesrat. Warum sind Sie gerade in der Pandemie so loyal?

Als Volksvertreter ist es meine Aufgabe, kritisch mit der Regierung zu sein. Aber die Krise ist die Stunde der Exekutive. Dann müssen wir Parlamentarier das Vertrauen in die Institutionen stärken. Auch ich fand gewisse Entscheide des Bundesrats nicht optimal. Ich habe meine Kritik direkt im Gremium eingebracht, statt es öffentlich zu destabilisieren. Die Krise verlängert sich, wenn wir das Vertrauen in die Krisenmanager untergraben.

Angesichts der ganzen Wut und des Hasses, die bis in die Familien dringen: Hat Corona das Potenzial, uns als Gesellschaft nachhaltig zu spalten?
Es gehört zu unserer direkten Demokratie, dass wir unserem

Ärger in Abstimmungen Luft machen können. Neu ist aber, dass sich diese Konflikte bis ins tiefste Privatleben hineinziehen. Ein Bekannter von mir hat für seinen 60. Geburtstag von seinen Gästen das Covid-Zertifikat verlangt. Das führte zu einem wüsten Streit mit zwei Brüdern. In der Dritten Welt wären Millionen von Menschen froh, wenn sie nur schon eine erste Impfdosis erhielten. Und wir streiten uns so unversöhnlich wegen eines Zertifikats? Ich kann das rational nicht nachvollziehen. Das bereitet mir Sorgen.

Die Mitte erhebt den Anspruch, die Schweiz zusammenzuhalten. Jetzt können Sie das unter Beweis stellen: Wie wollen Sie die Gesellschaft wieder zusammenführen?

Wir sind mehr als eine blosse Gesellschaft, wir sind eine Gemeinschaft mit grosser Vielfalt, vielen Minderheiten und Unterschieden. Das macht die Schweiz aus. Aber nur solange diese Unterschiede nicht zu Spaltungen führen. Diese Ge-

meinschaft zusammenzuhalten und nicht zu spalten, ist die Aufgabe der Mitte.

Sie weichen aus: Was konkret macht Ihre Partei, um die politische Stimmung zu verbessern?

Die positive Antwort meiner Partei ist das Vertrauen in die direkte Demokratie und ihre Institutionen. Wir vergessen nicht, dass es auch einen Tag nach der Pandemie gibt. Deshalb öffnen wir keine Gräben, die danach nicht mehr zuzuschütten sind. Wir grenzen Andersdenkende nicht aus. Aber wir müssen ihnen die Grenzen des Anstands aufzeigen.

Gerade bei den Angriffen gegen Gesundheitsminister Alain Berset wird diese Grenze oft überschritten.

Eine gute Demokratie hält vieles aus. Der Staat darf nur gegen Justizables wie Gewalt oder Drohungen gegen Personen vorgehen. Vielleicht überbewerten wir den Widerstand auch, weil er gerade sehr laut ist. Es gab schon früher Geschmacklosigkeiten. Auch Linke haben schon dazu aufgerufen, Roger Köppel zu verbrennen.

Das klingt nun doch optimistisch.

Ja, aber der zweite Teil meiner Antwort ist pessimistisch: Auch wenn etwas rechtlich erlaubt ist, kann es einer demokratischen Kultur schaden. Diese Grenzen verschieben sich gerade. Wir müssen dem entschieden entgegenreten.

Im Moment entlädt sich der Frust an der Zertifikatspflicht. Viele verstehen nicht, warum der Bundesrat daran festhält – auch in Ihrer Partei.

Entscheide, die der Bundesrat heute fällt, haben erst in rund drei Wochen Auswirkungen – eine schwierige Aufgabe! Ich möchte weiss Gott nicht in seiner Haut stecken. Trotzdem müsste der Bundesrat klarer kommunizieren, warum beispielsweise die Zertifikatspflicht im Moment noch die richtige Massnahme ist – und unter welchen Bedingungen sie gelockert werden kann.

Was geschieht, wenn das Stimmvolk Nein sagt zum Covid-Gesetz?

Auch bei einem Nein bleibt das Gesetz bis März 2022 in Kraft. Mittelfristig würde eine Ablehnung die pragmatische Rückkehr in die Normalität erschweren. Sehr offen ist heute vor allem, wie wir noch ins Ausland reisen könnten.

Die Gegner sagen, man könnte ein reduziertes Zertifikat für das Reisen schaffen.

Das wäre Missachtung des Volkswillens! Das Hauptargument der Referendumsführer ist ja gerade das Zertifikat. Da können wir doch nicht am Tag nach der Abstimmung ein neues Zertifikat einführen. Alle müssen sich bewusst sein: Diese Abstimmung eignet sich nicht für eine generelle Unmutsbekundung. Ein Nein am 28. November hat Folgen.